



Liebe Leserin, lieber Leser,

heute im Dienstagsbrief: Unsere Wahlplakate - Familien-Sommerfest am 13. August -
FORSA-Umfrage - Termine

"Müller, Berlin": SPD stellt Wahlplakate vor

TERMINE



Die Plakate zeigen alltägliche Begegnungen Michael Müllers in der Stadt, auf der Rolltreppe, in einem Großmarkt, auf der Straße. Im Fokus dabei: die Menschen, für die sich Michael Müller einsetzt. Es geht um mehr sozialen Zusammenhalt statt Ausgrenzung und Spaltung, sagte der SPD-Spitzenkandidat und Regierende

Bürgermeister, als er die Wahlplakate der Berliner SPD für den 18. September vorstellte.

Sieben Wochen vor der Wahl können die Wahlplakate aufgestellt werden. Die ersten Großflächenmotive präsentierte die Berliner SPD jetzt auf einer Pressekonferenz. Sie greifen die Themen der Stadt auf, so Müller: das friedliche Zusammenleben der Berlinerinnen und Berliner, „und zwar unabhängig davon, ob ihre Wurzeln in Köpenick, Syrien oder der schwäbischen Alb liegen“, die Gebührenfreiheit der KITAS und die Unterstützung für Familien, Und das Thema faire Löhne und bezahlbarer Wohnraum für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. „Ich mache für alle Berlinerinnen und Berliner Politik: für ein gutes Zusammenleben, für sozialen Zusammenhalt und für gute Arbeitsplätze“, so Michael Müller zur Kampagne.

Gemeinsame Botschaft der Plakate: „Mit der SPD bleibt Berlin menschlich und weltoffen. Denn das ist die große Aufgabe der Demokraten unserer Zeit: klar zu stehen gegen Populismus, gegen das Gift des Terrorismus, gegen die Parolen der Vereinfacher und die Hetze der Radikalen.“

Die drei Motive werden auf etwa 800 Großflächen in der Stadt zu sehen sein. Ergänzt werden die Großflächenplakate von einer Reihe kleinerer Themenplakate.

Hier findet Ihr die [Pressemappe](#) zur Vorstellung der Plakate.

[Michael Müller im Video zur Kampagne](#) auf dem YouTube-Kanal der Berliner SPD.

Hier findet Ihr [alle Plakate](#) zum Download

Wahlplakate in Buch und Karow systematisch zerstört



Bereits einen Tag nach dem Aufhängen wurden Wahlplakate der SPD in Karow und Buch systematisch zerstört. An den Stellen, wo SPD-Plakate hingen, finden sich stattdessen Plakate von Neonazis. Zerstörte Plakate liegen zerrissen neben Laternenmasten und in den Grünanlagen. „Die Verhinderung von demokratischem Wahlkampf in Karow und Buch hat inzwischen Tradition“, kritisierte der Landesgeschäftsführer der Berliner SPD, Dennis Buchner. "Plakate werden systematisch zerstört, SPD-Aktive an den Infoständen ebenso eingeschüchtert wie interessierte Wählerinnen und Wähler. Wir haben den Vorgang zur Anzeige gebracht und fordern alle Bürgerinnen und Bürger auf, systematische Beschädigungen von Wahlplakaten auch über die Notrufnummer zu melden. Dies ist kein Kavaliersdelikt, der polizeiliche Staatsschutz nimmt in diesen Fällen Ermittlungen auf.“

Leider müsse er sich nun wieder Sorgen um die Sicherheit seiner Unterstützer im Wahlkampf machen, sagte der betroffene örtliche Wahlkreisabgeordnete Rainer-Michael Lehmann. "Ich möchte nicht, dass sich die tätlichen Übergriffe aus dem Europawahlkampf 2014 wiederholen. Damals wurde eine Frau beim Plakate-Aufhängen von Neonazis verletzt. Ich werde natürlich wie geplant Wahlkampf machen und auch neue Plakate aufhängen.“

SPD Berlin lädt zum Familien-Sommerfest



Wir laden zum großen Familien-Sommerfest ein. Direkt an der Museumsinsel feiert die SPD mit den Berlinerinnen und Berlinern in der Bodestraße in Mitte. Zwischen 15 und 20 Uhr gibt es Live-Musik, Spielangebote für Kinder und Jugendliche, eine Kinderbühne, Kultur sowie viele Gesprächsmöglichkeiten mit den Gästen der Bundes- und Landesebene, dem SPD-Spitzenkandidaten Michael Müller und den Kandidatinnen und Kandidaten der Wahlkreise. Arbeitsgemeinschaften und Initiativen stellen ihre Arbeit vor.

Samstag, 13. August 2016, von 15.00 bis 20.00 Uhr
Hinter dem Lustgarten, Bodestraße, 10178 Berlin

Wahlprüfsteine: Antworten an den Landesfrauenrat und den Nabu

Und was sagt die SPD eigentlich dazu? Das wollen vor den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus am 18. September viele Verbände und Organisationen wissen. Zu Fragen, die ihre Mitglieder besonders interessieren, haben sie deshalb "Wahlprüfsteine" an die Parteien verschickt.

Die Berliner SPD stellt ihre Antworten auf diese Fragen online. Antworten auf aktuelle Fragen zur Gleichstellungspolitik und zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf finden Sie in den [Antworten](#) (PDF-Dokument, 443.6 KB) auf die Wahlprüfsteine des Landesfrauenrats. Wie steht die Berliner SPD zur Förderung der Artenvielfalt oder zur Ausweisung von neuen Schutzgebieten? Der Nabu hatte uns gebeten, auf diese und weitere umweltpolitische Fragen mit Ja/Nein/Enthaltung zu [antworten](#).

weiterhin vorn

Aus einer Direktwahl des Regierenden Bürgermeisters würde der Umfrage zufolge Amtsinhaber Michael Müller als Sieger hervorgehen. Der SPD-Spitzenkandidat für die Berliner Abgeordnetenhauswahl am 18. September bekäme 47 Prozent der Stimmen, der CDU-Kontrahent Frank Henkel 15 Prozent, wie die aktuelle, repräsentative Forsa-Umfrage im Auftrag der Berliner Zeitung ergab. Für Ramona Pop von den Grünen sprechen sich 16 Prozent aus.

Bei der Sonntagsfrage ermittelt Forsa folgende Ergebnisse: für die SPD 26 %, Grüne 20 %, CDU 18 %, Linke 16, AfD 8 % und FDP 5 %.

In der Berliner Zeitung gibt es weitere Umfrageergebnisse: **Berlin-Wahl: Fast die Hälfte der Berliner will Müller als Regierenden Bürgermeister**

ARRIVO: Das Integrationsprojekt wurde zum ausgezeichneten Ort im „Land der Ideen“



Das JugendKunst- und Kulturhaus „Schlesische27“ ist mit dem Projekt „ARRIVO Berlin Übungswerkstätten“ Preisträger im bundesweiten Innovationswettbewerb „Ausgezeichnete Orte im Land der Ideen“ 2016. Am 1. August nahm Dilek Kolat, Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen, gemeinsam mit Jürgen Wittke, dem Hauptgeschäftsführer der Berliner Handwerkskammer, die Auszeichnung als „ausgezeichneter Ort“ entgegen. Das Projekt unterstützt bereits seit zwei Jahren junge Geflüchtete und begleitet sie auf dem Weg in eine Ausbildung.

ARRIVO Berlin bringt mit Unterstützung der Berliner

Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen und der Handwerkskammer Berlin Firmen und Geflüchtete zusammen. Mit Deutschkursen und praktischer Arbeit in Übungswerkstätten, Kursen in Handwerksinnungen und Praktika in Betrieben bereitet die Initiative die Geflüchteten auf den Berufseinstieg vor und vermittelt sie an Unternehmen. Das bekämpft den Fachkräftemangel und fördert Integration.

Dilek Kolat sagte anlässlich der Preisübergabe: „Vor nicht einmal zwei Jahren habe ich zusammen mit Stephan Schwarz, dem Präsidenten der Berliner Handwerkskammer, die Initiative ARRIVO ins Leben gerufen, um Geflüchteten eine Integrationsperspektive in Deutschland zu geben und dringend benötigte Fachkräfte für das Handwerk zu gewinnen. Wir haben mit einem kleinen aber engagierten Projekt beim Träger Schlesische27 begonnen. Mittlerweile ist ARRIVO weit darüber hinaus gewachsen. Wir haben ARRIVO gemeinsam auf ein breites Fundament gestellt.“

Das bestätigte auch der Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer: „Viele kleinere und mittlere Handwerksbetriebe benötigen dringend Nachwuchs und möchten Geflüchtete ausbilden und beschäftigen. Mit den ARRIVO Übungswerkstätten haben sie einen Ansprechpartner, der kompetent berät und Auszubildende vermittelt, die auf die jeweilige Stelle auch wirklich passen“, sagte Jürgen Wittke anlässlich der Preisverleihung.

Mittlerweile bestehen neben dem gemeinsamen Projekt mit der Handwerkskammer auch Partnerschaften mit der Gastronomie, mit Industrieunternehmen und mit der Bauwirtschaft. Über 500 junge Geflüchtete haben bis heute über ARRIVO Unternehmen kennengelernt und dort Praktika absolviert. 90 Geflüchtete konnten bereits in eine Ausbildung vermittelt werden.

Dilek Kolat: „Als nächsten Schritt werden wir gemeinsam mit der IHK, der HWK und dem UVB ein ARRIVO-Büro eröffnen, das eng mit der Arbeitsagentur zusammenarbeiten und Berliner Betriebe bei der Übernahme von Geflüchteten beraten wird.“

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt setzt SIWA-Projekte zügig um

Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt

finanziert mit 104 Mio. € aus Mitteln des SIWA-Investitionsprogramms 17 Vorhaben in Berlin. SIWA steht für Sondervermögen Infrastruktur der wachsenden Stadt, hier werden seit 2015 auf Beschluss des Abgeordnetenhauses jährlich 50 Prozent der Überschüsse aus dem Landeshaushalt des Vorjahres eingesetzt. Das Programm ist ausdrücklich nicht auf Haushaltsjahre festgelegt. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt achtet bei den Vorhaben in ihrer Verantwortung auf eine zügige Umsetzung, damit sie der wachsenden Stadt schnell zu Gute kommen.

Über die Vorhaben in eigener Verantwortung hinaus unterstützt die Hochbauabteilung der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt mehrere andere Behörden durch den Bau wichtiger Einrichtungen. So werden für das LAGeSo sechs modulare Flüchtlingsunterkünfte für rund 102 Mio. € errichtet. Die Hälfte der Mittel wird in diesem Jahr verausgabt werden, auch die beiden ersten Fertigstellungen dieser in serieller Bauweise gefertigten Einrichtungen sind für dieses Jahr geplant. Die übrigen Gebäude werden ab Anfang kommenden Jahres übergeben.

Bei den unter Verantwortung der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt stehenden Vorhaben und bei den für andere Behörden gebauten SIWA-Vorhaben werden zum Jahresende 2016 137 Mio. € umgesetzt sein. Die übrigen Mittel werden planmäßig in den Folgejahren umgesetzt, da bei einigen Projekten ein längerer Planungs- oder Bestellvorlauf notwendig ist.

Für den Wohnungsbau werden mit 30 Mio. € zehn innovative Wohnhäuser von privaten Bauherren gefördert. Es wird preisgünstige Mieten und Plätze in Gemeinschaftswohnungen geben. Über einen Zeitraum von 20 Jahren wird ein Anteil der Wohnungen zu einem Mietpreis von anfangs 6,50 pro qm Wohnfläche (nettokalt monatlich) an Inhaberinnen und Inhaber von Wohnberechtigungsscheinen vermietet werden. Ein Viertel der Fördermittel wird bis Ende 2016 bereits umgesetzt sein. Mit dem Bau einzelner Projekte wird noch in diesem Jahr begonnen und acht Vorhaben werden 2018 und zwei weitere 2019 fertiggestellt.

Für den öffentlichen Nahverkehr beschafft die BVG 11 zusätzliche Halbzüge der neuen U-Bahn-Baureihe IK "Icke" für das Kleinprofil und wird dazu mit 58 Mio. € gefördert. Dreiviertel dieser Mittel sind für den Bau der Züge bereits an den Hersteller geflossen. Alle Züge

werden im Laufe des Jahres 2017 an die BVG ausgeliefert. Darüber hinaus erhält die BVG 4 Mio. € für die Errichtung von vier weiteren Aufzügen für barrierefreie Zugänge der U-Bahnhöfe Thielplatz, Rathaus Spandau, Alexanderplatz und Kaiserdamm. Bis zum Ende dieses Jahres wird die BVG die Planungen vorantreiben und dafür rund eine halbe Mio. € aufwenden, um im nächsten Jahr mit Baumaßnahmen beginnen zu können.

Auch in die von der Grün Berlin GmbH betriebenen Grünanlagen wird investiert. Der Spreepark und das Eierhäuschen werden für 10 Mio. € entwickelt und saniert. Zurzeit läuft eine Bürgerbeteiligung, deren Ergebnisse in die Planung einfließen werden. Bauvorbereitende Maßnahmen und eine Altlastensanierung haben bereits begonnen. Bis zum Jahresende werden rund 3 Mio. € investiert sein. Die Eröffnung ist für den Sommer 2018 vorgesehen. Im Britzer Garten wird das Umweltbildungszentrum für 2 Mio. € komplett erneuert. Der Grundstein für das neue, innovative Gebäude ist bereits gelegt. In diesem Jahr wird ein Drittel der Bausumme eingesetzt werden und die Einrichtung wird im kommenden Jahr eröffnet.

Die Hochbauabteilung errichtet ferner alle modularen Ergänzungsbauten (MEB) für Schulen, die von der Senatsschulverwaltung beauftragt werden. Für rund 80 Mio. € werden 21 MEBs gebaut. Ein Drittel dieser Summe wird bis Ende 2016 verausgabt sein. Die ersten MEBs werden Ende 2016, die letzten Anfang 2018 fertiggestellt.

Für den Bezirk Steglitz-Zehlendorf wird die vollständige Sanierung der Fichtenberg-Oberschule geplant. Ferner wird dort im Jahr 2017 ein erster Abschnitt saniert. Dafür werden 5 Mio. € eingesetzt.

Steinmeier: Außenpolitik in stürmischen Zeiten



Ukraine, Syrien, Irak, Türkei - die Zahl der Konfliktherde hat dramatisch zugenommen. Sie sei froh, dass in diesen stürmischen Zeiten Frank-Walter Steinmeier deutscher Außenminister sei, sagte Barbara Loth, stellvertretende SPD-Landesvorsitzende und Abgeordnetenhauskandidatin in Steglitz-Zehlendorf, die den SPD-Politiker zum Gespräch in ihren Bezirk eingeladen hatte.

Vor mehr als 200 Gästen stellte Frank-Walter Steinmeier im Bürgersaal des Rathauses Zehlendorf die Grundzüge seiner Außenpolitik dar. Je mehr Konflikte es in der Welt gebe, umso mehr komme es auch auf ernsthafte Politik an, so Steinmeier. Es gehe darum, mit Vernunft und Augenmaß Politik zu treiben. Gerade nach solchen Ereignissen wie in München helfen keine schrillen Parolen. „Wir werden uns Demokratie und die offene Gesellschaft nicht einfach nehmen lassen“, sagte Steinmeier. Die SPD stehe für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger, aber auch für Rechtsstaatlichkeit, Anstand und Toleranz. Dafür gelte es wieder zu streiten, so Steinmeier.

In den letzten zwei, drei Jahren sei das „Ungeheuer des Nationalismus“ wieder erwacht, nicht nur in Europa, sondern auch darüber hinaus. „Dieses Ungeheuer ernährt sich von einem Futter, das ist die Angst“, so Steinmeier. Was alle von der AfD bis zu Donald Trump eine, sei, dass sie mit der Angst der Menschen spielen. Das sei der eigentliche Brandsatz in den Gesellschaften, „da fängt das Feuer schon an, das später Flüchtlingsheime in Brand setzen kann.“ Auch deshalb sei die Wahl in Berlin am 18. September so wichtig: „Wir brauchen keine AfD in den Parlamenten. Diesen Brandsatz kann man und soll man in der Wahlkabine löschen.“

Die internationalen Konflikte kommen in Deutschland an und landen in den Turnhallen, auf den Schulhöfen, den Straßen und Plätzen, so Steinmeier. „Wir können das

ganze Elend der Welt nicht in Deutschland lösen, aber wir dürfen das Elend der Welt auch nicht ignorieren.“ Es müsse an den Ursachen von Flucht und Vertreibung gearbeitet werden, seien es die Klimakatastrophe, Armut oder Korruption. Der Außenminister wies auch auf die veränderte Rolle Deutschlands in der Welt hin.

Steinmeier warb für eine Außenpolitik, die auf Gespräche miteinander setzt. Dabei seien die Schwierigkeiten nicht zu verkennen. So spricht sich der Außenminister für eine Normalisierung der Beziehungen zu Russland aus. Dabei müsse zwar eine Völkerrechtsverletzung wie die Annexion der Krim stets auch als solche benannt werden. „Aber lösen können wir solche Konflikte im Zweifel nur, wenn wir auch bereit zum Gespräch bleiben.“

Steinmeier wies auf Erfolge bei der Vermittlung von Gesprächen der verfeindeten Gruppierungen in Libyen hin oder auf die Verhandlungen mit dem Iran. Der heutige Bürgerkrieg in Syrien habe auch viel damit zu tun, dass Lösungen am Anfang nicht mit allen Beteiligten gesucht wurden. Es sei wichtig, zum einen auch Staatschef Assad am Tisch zu haben, um Übergänge zu einer säkularen Regierung auszuhandeln, andererseits aber auch den Iran und Saudi-Arabien, die für die beiden großen Richtungen im Islam stünden.

Mit Sorge betrachtet der Außenminister die Entwicklung in der Türkei. Noch lägen nicht alle Informationen zur Beurteilung der Lage vor, daher warnte er vor Spekulationen. Es sei aber klar, dass eine Wiedereinführung der Todesstrafe das Ende der Beitrittsverhandlungen mit der EU bedeute.

Eva Högl: Erschreckender Anstieg rechter Straftaten



Die jetzt vom Bundeskriminalamt veröffentlichten Zahlen zu den Straftaten gegen Asylunterkünfte offenbaren nach Ansicht der stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden im Bundestag Eva Högl ein erschreckendes Ausmaß: 2016 wurden bislang 665 Straftaten gegen Asylunterkünfte verübt, 613 davon waren eindeutig rechts motiviert und 118 Taten sind als Gewaltdelikte einzustufen.

„Die Zahl der Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte und Gewalttaten gegen Flüchtlinge hat längst ein besorgniserregendes Ausmaß angenommen“, erklärte Eva Högl. „Die feigen Anschläge und Anfeindungen gegen Flüchtlinge, Flüchtlingsheime, Helferinnen und Helfer sowie Politikerinnen und Politiker verurteilen wir aufs Schärfste. Es ist schäbig und in hohem Maße verachtenswert, gerade die Menschen, die zu uns kommen, um Schutz vor Krieg, Terror und Gewalt zu finden, anzufeinden, zu bedrohen und zu verletzen. Rassismus und Rechtsextremismus haben keinen Platz in unserer Gesellschaft. Als Demokratinnen und Demokraten dürfen wir nicht zulassen, dass rechte Hetzer bewusst ein Klima der Angst gegen Migranten, Asylsuchende und Muslime schüren und müssen dem wachsenden Rassismus und anderen menschenverachtenden Einstellungen in Deutschland entschieden entgegen wirken.“

Die SPD-Bundestagsfraktion, so die Berliner Abgeordnete, setze sich für Menschlichkeit und Mitgefühl ein und bekämpfe Rechtsextremismus konsequent. Eva Högl: „Jede einzelne Tat dieser rechtsextremen Gewalttäterinnen und -täter muss durch die Justiz schnell aufgeklärt und abgeurteilt werden. Wer mit Gewalt und Terror Angst und Schrecken verbreitet, den muss die ganze Härte des Rechtsstaats treffen.“

Klaus Mindrup: Ohne Transparenz keine Fortschritte bei CETA

Auf der Diskussionsveranstaltung "TTIP und CETA – 'Freihandel' contra Demokratie?" am 26. Juli 2016 hatte der Pankower Bundestagsabgeordnete Klaus Mindrup gemeinsam mit Prof. Dr. Gesine Schwan Standpunkte zu den transatlantischen Freihandelsabkommen vorgestellt.

Gesine Schwan beschrieb eingangs die umfassende Reichweite der geplanten transatlantischen Abkommen,

der über Handelspolitik hinausgeht. Sie lehnte aber Freihandelsabkommen als solche nicht ab, sondern betonte die Gestaltungsmöglichkeiten und -notwendigkeiten im Welthandel zugunsten des globalen Südens. Klaus Mindrup legte bei den Freihandelsabkommen seine Schwerpunkte im Bundestag auf die Themen Umweltschutz, den Klimaschutz, den Schutz von Rechten der Arbeitnehmer und den Schutz der Verbraucher. Hierzu bedarf es wirksamer Mechanismen im Abkommen. So müsse die Zivilgesellschaft auch transatlantisch Druck für fairen Handel machen. Kleine und mittelständische Unternehmen würden bei den bisher geplanten Investor-Staats-Schiedsgerichten durch Prozesskosten in Millionenhöhe gegenüber multinationalen Konzernen benachteiligt. Die SPD lehnt daher diese privaten Schiedsgerichte ab und konnte im Abkommen mit Kanada bereits ein neues Verfahren durchsetzen. Ebenso benötigten Bürger-, Verbraucher- oder Umweltverbände Klagemöglichkeiten, die bisher nur Großinvestoren nutzen könnten.

In der anschließend von Rona Tietje moderierten Diskussion nahmen beide Referenten zu Vor- und Nachteilen der Handels- und Investitionsabkommen und der politischen Lage in Europa und Übersee Stellung. Gesine Schwan begrüßte, dass die Diskussion um TTIP zur politischen Bewusstseinsbildung in der Öffentlichkeit beigetragen hat. Die Intransparenz bei den TTIP-Verhandlungen sei nicht zeitgemäß - beide räumten dem gegenwärtigen US-amerikanischen Freihandelsabkommen auch deshalb keine Zukunft ein. Raum für Fortschritte sahen sie dagegen bei CETA aufgrund der neuen kanadischen Regierung, wie dies bei ihrer Offenheit gegenüber den ILO-Kernarbeitsnormen deutlich werde. Im Ergebnis seiner Gespräche mit hochrangigen Entscheidungsträgern in Nordamerika betonte Klaus Mindrup: "Fortschritte bei CETA sind seit dem Machtwechsel in Kanada möglich, lassen sich aber nur gemeinsam mit den Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft erreichen." Die bisherigen Fortschritte sind gut, aber es geht mit der kanadischen Regierung sicher noch mehr.

WAHL-O-MAT geht heute an den Start

Jetzt, wo die Abgeordnetenhauswahl bevor steht und der Wahlkampf der Parteien bereits in vollem Gange ist, hat

die Bundeszentrale für politische Bildung ein kleines und sehr praktisches Werkzeug als Entscheidungshilfe für unentschlossene Wahlberechtigte ins Internet gestellt: Den Wahl-O-Mat. Dieses Tool ist **hier** zu finden, die Entscheidungshilfe wird anhand von 38 Thesen ausgewertet, die dem User zur Beurteilung zur Verfügung stehen. Diese Thesen haben allesamt etwas mit der Berliner Politik zu tun, zu jeder These existieren die Meinungen einzelner Parteien, die zur Empfehlung genutzt werden. Probiert es einfach mal aus.

SPD Rixdorf: „Neukölln verbindet“ - Ausstellung



Unter dem Motto "Neukölln verbindet" haben Nicola Böcker-Giannini und ihr Team der Abteilung Rixdorf, Zeitzeugen aus dem Norden Neuköllns nach Vergangenheit und Gegenwart befragt. Herausgekommen sind eindrucksvolle Videos und Fotos von damals und heute. Hält man sein Smartphone oder Tablet an einen QR-Code unterhalb des Bildes, erscheinen Videos, auf denen die Zeitzeugen ihre ganz persönliche Geschichte in und mit Neukölln erzählen.

Die Ausstellung "Neukölln verbindet" ist noch bis Mitte September in den Räumen der S-Cultur in der Erkstraße 1, gegenüber dem Rathaus Neukölln zu sehen.

Stadtspaziergang mit Karin Korte: Auf den Spuren berühmter Sozialdemokraten in der Gropiusstadt

Während der Bauphase der jetzigen Gropiusstadt wurden Namen für die neu entstehenden Straßen und Plätze

gesucht. Sie wurden nach Schauspieler*innen, Pädagog*innen, Politiker*innen und Widerstandskämpfer*innen gegen das NS-Regime benannt. Viele von ihnen waren Sozialdemokrat*innen. Mehr als 15 Straßen und Plätze tragen ihren Namen.

Karin Korte, Kandidatin für das Abgeordnetenhaus im Wahlkreis Gropiusstadt, und die SPD Gropiusstadt laden ein zu einem Stadtspaziergang mit Spurensuche.

Korte dazu: "Wer kennt nicht die Lipschitzallee, die Fritz-Erler-Allee oder die Wutzkyallee? Das sind Straßen, über die wir täglich gehen. Hinzu kommen die vielen kleineren Straßen, deren Namen wir zwar wahrnehmen, die Geschichte ihrer Namensgeber*innen uns aber oft unbekannt ist. Darum lade ich herzlich dazu ein, mit mir gemeinsam auf Spurensuche zu gehen."

Im Anschluss an den ca. 1 1/2 stündigen Stadtspaziergang sind die Teilnehmer*innen herzlich eingeladen zu Kaffee und Kuchen am Lipschitzplatz.

Samstag 6. August 2016, um 14.00 Uhr
Treffpunkt U-Bhf. Wutzkyallee, 12353 Berlin

FA Europa: Wozu braucht es noch Europa? mit Gesine Schwan

Nach dem britischen Votum zum Austritt aus der EU bleibt die Frage, was nun aus der EU wird. Braucht sie einen Neustart? Was heißt es, wenn gesagt wird, Europa solle sich auf s Wesentliche konzentrieren? Brauchen wir die EU noch oder ist sie womöglich gescheitert? Der Fachausschuss Europa lädt ein zur Diskussion und hat Gäste:

Prof. Dr. Gesine Schwan, Präsidentin HUMBOLDT-VIADRINA Governance Plattform

Daphne Büllsbach, Sprecherin European Alternatives

Conny Reuter, Generalsekretär SOLIDAR

Samstag, 30. August 2016, um 19.00 Uhr
"Aufsturz", Clubraum, Oranienburger Straße 67, 10117 Berlin

August Bebel Institut: WohnenStadtRechte – Habitat III

Die UN-Weltkonferenz Habitat III 17. – 20. Oktober in Quito (Ecuador) verhandelt ein neues Leitbild von nachhaltiger Stadtentwicklung und Wohnen. Weltweit nimmt der Einfluss internationaler Finanzmärkte auf die Stadtentwicklung, Verdrängung einkommensschwacher Menschen und die systematische Zerstörung preiswerten Wohnraums zu. Stadtteilinitiativen und Mietergruppen haben sich im Vorfeld der Konferenz international vernetzt. Sie fordern die Verwirklichung des Menschenrechts auf angemessenes Wohnen und eine soziale Regulierung der Immobilienmärkte.

Das August Bebel Institut hat Elisa M. Bertuzzo vom Habitat Forum Berlin und Klaus Teschner, Architekt und Referent für Städtische Entwicklung bei MISEREOR, zu Gast und lädt zur Diskussion ein.

Freitag, 12. August 2016, von 19.00 bis 21.00 Uhr
August Bebel Institut, Müllerstraße 163, 13353 Berlin

Anmeldung erbeten unter anmeldung@august-bebel-institut.de

Du bekommst den Dienstagsbrief als Mitglied der Berliner SPD automatisch per Mail zugesandt. Wenn Du den Dienstagsbrief abbestellen möchtest, sende bitte eine E-Mail an dienstagsbrief@spd.de.

Termine, Fragen und Anregungen zum Dienstagsbrief bitte an roswitha.dybiona@spd.de.

Die Hotline der Berliner SPD 030 – 4692 222 oder spd@spd-berlin.de.

Termine: Unsere aktuellen Termine findest Du jeden Tag [auf unserem Kalender](#).

Telefon-Hotline der Berliner SPD: (030) 46 92 222

E-Mail: spd@spd.berlin